

François Hollande, Sozialdemokrat

Aus der Perspektive anderer europäischer Hauptstädte entsprach die Wirtschaftspolitik der Regierungen von François Hollande den Erwartungen. Die ausbleibende Überraschung ist jedoch nicht auf eine bessere Kenntnis der politischen Ausrichtung des ehemaligen Generalsekretärs der Sozialisten als die französische Wählerschaft zurückzuführen. Es ist vielmehr der Abstand zur politischen Leidenschaft aufgrund der relativen geografischen Entfernung.

Die potenziellen Verantwortungs- und Solidaritätspakte haben zwei grundlegende Aspekte.

Zum einen reihen sie sich in die Fortsetzung der 1983 von François Mitterrand eingeläuteten Europapolitik ein. Diese Strategie knüpft die Inhalte des europäischen Aufbaus an die Interessen des wirtschaftlichen und geopolitischen Giganten Deutschland und unterwirft diese Inhalte einem überwiegend zwischenstaatlichen Entscheidungsfindungsprozess.

Zum anderen werden die wichtigsten Aspekte der nationalpolitischen Maßnahmen anderer sozialdemokratischer Parteien in Europa übernommen, und zwar ein Abbau des Haushaltsdefizits in Übereinstimmung mit den Maastricht-Verpflichtungen, Schaffung von Arbeitsplätzen durch eine Reduzierung der Sozial- und Steuerabgaben von Unternehmen und eine Modernisierung der 1945 eingeführten Sozialversicherung.

Dieses Konzept sieht keine französische sozialliberale Ausnahme durch die Präsidentschaftswahl im Jahr 2012 oder die kürzlich erfolgte Kabinettsumbildung vor. Die Wirtschaftspolitik von François Hollande und Manuel Valls liegt allenfalls im sozialdemokratischen Mittelfeld im Sinne der deutschen SPD, der belgischen Sozialdemokraten oder der britischen Labour Party.

Das Konzept zeigt außerdem die Schwierigkeiten der französischen Regierung auf, die struktureller Natur und typisch für „Regierungen des linken Flügels“ sind. Grundsätzlich können diese auf zwei Probleme reduziert werden.

Das erste ergibt sich durch die Erosion der traditionellen steuerlichen Rahmenbedingungen der Finanzierungspolitik durch die Reduzierung des Anteils der Arbeitseinkommen in Europa. Die notwendigen industrie- und sozialpolitischen Reformen zur Verbesserung des Wohlergehens der Bevölkerung haben unweigerlich eine Minderung der öffentlichen Mittel zur Folge. In der Theorie liegt die Lösung in der Besteuerung von Kapital und Erträgen aus Darlehen. In der Praxis fördert die eine ein ungünstiges Investitionsklima und die andere führt zu einer größeren Marktabhängigkeit der Staaten sowie zu einem Verstoß gegen EU-Richtlinien.

Das zweite strukturelle Problem ist sowohl gesamtwirtschaftlicher als auch soziologischer Natur, da es die Verteilung der Ressourcen betrifft. Die Herausforderung der regierenden Linken zu Beginn des 21. Jahrhunderts liegt nicht allein in der Finanzierung des traditionellen Wohlfahrtsstaates; sie müssen vor allem die Inhalte des Sozialpakts der „trente glorieuses“ [des dreißigjährigen Nachkriegsbooms] überdenken und dabei die veränderten Bedingungen berücksichtigen. Anders ausgedrückt muss die Sozialdemokratie einen Weg finden, um im Rahmen des Budgets und in der derzeit angespannten internationalen Wirtschaftslage die Bedürfnisse einer längst nicht mehr vollbeschäftigten Gesellschaft und mit einer wesentlich höheren Lebenserwartung als derjenigen, die in den Sechzigern aus dem Berufsleben geschieden sind, zu decken. Die Haushaltsaufstellung ist ein Drahtseilakt zur Finanzierung von Renten, der Arbeitslosenversicherung und Programmen zur Schaffung von Arbeitsplätzen geworden. Anders als neoliberale Parteien können die Sozialisten nicht einfach eines dieser Ziele opfern, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln.

Ein weiterer Unterschied zwischen der französischen Linken und ihrer europäischen Kollegen ist wohl auch die Wahlschlappe aufgrund der angekündigten oder eingeleiteten Reformen und der langsamen oder teilweise ausbleibenden Ergebnisse.

Eine Analyse der bisherigen Führungspolitik der Regierungen von François Hollande lässt zwei Erklärungsansätze zu.

Zum einen hat François Hollande anders als Matteo Renzi den Fehler begangen, seine Ablehnung gegenüber der vorherrschenden wirtschaftlichen Orientierung in den nördlichen EU-Ländern nicht offen auszusprechen. Er verspielte seine Karten, indem er weder bei der Amtsübernahme noch nach den

Wahlen im Jahr 2014 bei der UN-Versammlung eine Grundsatzrede zur Außenpolitik im Stile des Lyrizismus von Dominique de Villepin hielt und auch dem von Michel Sapin im August in der Kolumne von *Le Monde* veröffentlichten Kommentar über die Notwendigkeit einer Umorientierung in der Europapolitik nicht beipflichtete.

Darüber hinaus haben die französischen Wähler im März und anschließend im Mai 2014 die Regierung für die Unangemessenheit der eingeführten Sozialreformen angesichts der Sparmaßnahmen abgestraft. Das Gleiche gilt für Laurent Bouvet, an dessen Beispiel sich zeigt, wie mutige „gesellschaftliche“ Reformen wie etwa die Beseitigung der Diskriminierung im Heiratsgesetz in Zeiten der Wirtschaftskrise nicht ausreichen, um die Erwartungen an den „sozialen“ Aspekt sozioökonomischer Reformen zu erfüllen.

Laurent Bouvet ist ein Paradebeispiel für die Zurückhaltung der französischen Sozialisten, die Reduzierung der Unternehmensabgaben von gewissen ergebnisorientierten Verpflichtungen oder einer Reform der „Corporate Governance“ abhängig zu machen, um die Vertretung von Arbeitnehmern und Verbrauchern zu stärken.

In dieser letzten Feststellung hat die Wirtschaftspolitik der französischen Linken und die anderer sozialdemokratischen Parteien in Europa zumindest eine Gemeinsamkeit: Die schwachen Ergebnisse des „Angebotssozialismus“, der auf dem Wohlwollen und der Fähigkeit der Unternehmen aufbaut, die Massenarbeitslosigkeit zu reduzieren, haben noch kein Umdenken hinsichtlich der Einführung eines „Produktionssozialismus“ herbeigeführt, der die Art und Weise, in der Unternehmen die ihnen bereitgestellten staatlichen Mittel für den sozialen Dialog einsetzen, bestimmten Konditionen unterwirft.

Christophe Sente

Université Libre de Bruxelles, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Foundation for European Progressive Studies (FEPS)